

Sozialismus.de

Heft 2-2024 | EUR 9,00 | C 12232

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



Richard Detje: Wendemarke der Berliner Republik

D. Behruzi/U. Brinkmann: Osteuropäische Lkw-Fahrer

Beiträge u.a. von Ulrike Eifler, Christiane Schneider, Hajo Funke, Michael Ebenau, Björn Radke, Klaus Bullan, Friedrich Steinfeld, Bernhard Sauer, Erhard Korn, Christoph Lieber



Forum
Gewerkschaften



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.Sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Bilanz und Ausblick britischer Labour-Regierungen

Vor 100 Jahren trat die erste Labour-Regierung ihr Amt an. Umfragen deuten darauf hin, dass die Labour Party im Jubiläumsjahr wieder an die Regierung kommen könnte. Ramsay MacDonald wurde 1924 mit nur 191 Abgeordneten in einer Minderheitsregierung Premierminister. Seitdem war die Partei insgesamt nur 33 Jahre lang im Amt. [...]

Wendepunkt für die Macronie

Nur sechs Monate vor der Wahl zum Europa-Parlament hat der französische Staatspräsident seine Ministerpräsidentin zum Rücktritt gezwungen. Ihr Nachfolger Gabriel Attal gilt als Klon und Hoffnungsträger Emmanuel Macrons. [...]

Bündnis Sahra Wagenknecht

Insgesamt hat die neue Partei 44 Gründungsmitglieder. Die treibende Kraft der Abspaltung von der Linkspartei und die Namens- und Programmgeberin erklärt die Gründung auch »ein bisschen zum historischen Tag«. Denn sie und ihre Gefolgschaft haben nichts Geringeres vor, als die deutsche Parteienlandschaft gründlich auf den Kopf zu stellen. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und
Leser:innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Masterpläne & Proteste

Hajo Funke: Ein AfD-Masterplan Die seit Jahrzehnten größte Demokratiebewegung fordert die Politik heraus	2
Michael Ebenau: Landtagswahlen Thüringen 2024	6
Björn Radke: Die Bauern-Proteste. Etatkürzungen, Existenzängste und enge Spielräume für ökologische Landwirtschaft	10
Wem gehört die Stadt? Gespräch mit Katalin Gennburg über linke Stadtentwicklungspolitik	15

Konjunkturaussichten & Beschäftigung

Joachim Bischoff: Düstere Zukunft der Ökonomie Von der strukturellen Überakkumulation zur säkularen Stagnation	19
Bernhard Müller: Der Sparkurs der Ampel-Koalition – die Beschäftigung	26

Brennpunkte weltweit

Klaus Bullan: Südafrika vor politischer Neuaufstellung?	31
Friedrich Steinfeld: Führt Israel einen gerechten Krieg?	36

Forum Gewerkschaften

Richard Detje: Wendemarke der Berliner Republik. Massenproteste gegen Rechtsextremismus – und ein möglicher Coup der AfD	41
Daniel Behruzi/Ulrich Brinkmann: Eine unwahrscheinliche Macht. Der Arbeitskampf osteuropäischer Lkw-Fahrer und der Machtressourcenansatz	47

Blicke auf neue Literatur und einen Film

Ulrike Eifler: Über falsche Sätze in leeren Schränken und die Wut einer Bildungsaufsteigerin	53
Bernhard Sauer: Der Erste Weltkrieg – ein Verteidigungskrieg?	56
Erhard Korn: Clara Zetkin, Rosa Luxemburg und der Prozess gegen Sozialrevolutionäre 1922	58
Christiane Schneider: Für Frieden und Menschenrechte Eine Leseempfehlung	62
Christoph Lieber: »Im Sendungsbewusstsein des ›General Intellect‹ (Marx)!« Wie aktuell sind die Zeitdiagnosen Antonio Negrís (1933–2023)?	64

Impressum | Veranstaltungen | Der zweite Film

Impressum	67
Veranstaltungshinweise	68
Klaus Schneider: »Poor Things« (Filmkritik)	69

Wem gehört die Stadt?

Gespräch mit Katalin Gennburg über linke Stadtentwicklungspolitik

*Politische Bildung life – das war unser erster Kontakt mit Katalin Gennburg beim Stadtspaziergang »zu den Aufwertungsplänen der Signa-Gruppe rund um den Hermannplatz« im Juli 2023. Sie berichtete über die Pläne der Signa Holding,¹ aus dem Karstadt Kaufhaus einen Luxuskonsumtempel zu machen. Inzwischen hat Signa Konkurs angemeldet, mit weitreichenden Folgen: Schließung von Kaufhäusern, Entlassung von Personal, fehlende Einkaufsmöglichkeiten, Neubaustopp, hohe Verluste für kooperierende Unternehmen und Käufer*innen von Wohnungen. Ein Lehrstück über gescheiterte Stadtentwicklungspolitik und das ideologische Ausschlagen von Alternativen*

zur kommunalen Warehaussicherung gemeinsam mit den Beschäftigten.

Sozialismus.de: Die Rolle der Eigentumsfrage in der Berliner Stadtentwicklung: Wie ist deine Bilanz zur Rolle der Eigentumsfrage in der Berliner Stadtentwicklung?

Katalin Gennburg: Nur wenn wir wissen, wer sich mit welchen Interessen die Stadt aneignet, können wir auch gestalten und als Sozialistin kämpfe ich für das Gemeineigentum an Grund und Boden und eine soziale Bodenreform. Die wenigsten wissen heute, wo welches Kapital schon überall reingeschwappt ist und wie verzweigt die Zusammenhänge und die Konflikte dahinter sind, was

sich durch Stadtspaziergänge zu stadtpolitischen Konflikten gut erklären lässt. 2018 mit dem Start zum Volksentscheid »Deutsche Wohnen & Co enteignen« wurde die Eigentumsfrage gestellt und ist inzwischen immanenter Bestandteil einer antikapitalistischen Stadtentwicklungspolitik.

Katalin Gennburg wurde im Bezirk Treptow-Köpenick direkt in das Berliner Abgeordnetenhaus gewählt und ist Sprecherin für Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt und Tourismus für die Linksfraktion; seit 2023 ist sie stellvertretende Landesvorsitzende der Partei in Berlin. Das Gespräch führten Klaus Kohlmeier und Stefanie Odenwald.

¹ Siehe auch berlinerinnen-gegen-signa.de – INITIATIVE FÜR GEMEINWOHLORIENTIERTE STADTPLANUNG IN DER BERLINER CITY WEST, gegründet von Boris Bonczyk.



Foto: Klaus Kohlmeier

Neu!

2. Auflage

Elmar Altvater / Birgit Mahnkopf

Globalisierung der Unsicherheit

**Arbeit im Schatten,
schmutziges Geld und
informelle Politik**

2. Auflage 2023 – 393 Seiten – 35,00 €
Print-ISBN 978-3-89691-513-9
Ebook-ISBN 978-3-98634-146-6

Heide Gerstenberger

Staatsgewalten

2023 – 324 Seiten – 32,00 €
Print-ISBN 978-3-89691-090-5
Ebook-ISBN 978-3-98634-144-2

2. Auflage

Klaus Dörre

In der Warteschlange Arbeiter*innen und die radikale Rechte

2., korrigierte Auflage 2023
355 Seiten – 30,00 €
ISBN 978-3-89691-048-6
Ebook-ISBN 978-3-98634-147-3

„eine Fülle interessanter Einsichten
und wichtiger Ansätze für die
weitere Analyse und Debatte“
Thilo Scholle in: spw 243

Diese und weitere Titel des Verlags
sind für Bibliotheken auch
als Ebook-Campuslizenz
bestellbar!

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE



Uns ist es als gesellschaftliche Linke in Berlin in den letzten Jahren gelungen, den öffentlichen Diskurs nach links zu verschieben und eine radikalere Haltung für eine solidarische Stadtpolitik einzubringen. Ein großer Fortschritt! Zu den sieben Jahren Regierungsbeteiligung der LINKEN gehörten mindestens vier Jahre Auseinandersetzung um die Eigentumsfrage und das Enteignungsvolksbegehren. Und siehe da: Die CDU hat gemeinsam mit der SPD beschlossen, die Stadtwerke zurückzukaufen. Offensichtlich haben die Diskussionen über Gemeineigentum und Vergesellschaftungsfragen dazu beigetragen, dass wir wieder über solidarische Politik entlang der Eigentumsfrage sprechen können und die Systemfrage über die Linke hinaus diskutiert wird.

Wie bewertest Du den Berliner Mietendeckel, der ja durch das Bundesverfassungsgericht rückgängig gemacht wurde?

Ich habe für den Mietendeckel von Anfang an gekämpft und intensiv mit an der Umsetzung gearbeitet und bin bis heute zutiefst überzeugt, dass er richtig war und richtig sein wird! Eine viel diskutierte und spannende Frage ist, ob der Mietendeckel der Weg in die richtige Richtung ist, und wie sehr die Eigentumsfrage tatsächlich die Überwindung des Kapitalismus organisieren helfen kann.

Der Mietendeckel hätte in jedem Fall bestimmte Akteure aus dem Markt heraus gedrängt und hat die Aktienkurse der großen profitgetriebenen Immobilienvermietungskonzerne sofort in den Keller fallen lassen. Es gab eine Debatte, warum die Mieten in die Taschen von Bankern gehen, warum sie Aktionären zufließen und eben nicht der regionalen Wirtschaft. Gemäß Prognosen wären durch den Mietendeckel drei Milliarden Euro im Jahr in der Stadt-Ökonomie geblieben, zur Freude vieler regionaler Geschäftsinhaber und Dienstleistenden.

Aus meiner Sicht war auch die Erarbeitung ein riesiger Erfolg, weil dadurch die Erinnerung mobilisiert wurde, dass man Politik gestalten kann. Über Berlin hinaus geht es dabei auch um widerständiges Handeln und rebellische Stadtpolitik, auch im Rahmen eines mu-

nizipalistischen Projektes. Städte brauchen Selbstbestimmungsrechte, denn sie sind der Ort, an dem Politik gestaltet wird.

Jedenfalls hat der Mietendeckel Made in Berlin internationale Ausstrahlung. Zum Beispiel wird in Spanien, nicht nur in Barcelona, ein Mietendeckel eingeführt, ebenso in Österreich und Schottland. Das zeigt, wie wirkmächtig eine international agierende Linke sein kann, die im legislativen Prozess eingebunden ist.

Am Mietendeckel wird kritisiert, dass die Linke nicht ausreichend geprüft habe, seine Rücknahme auszuschließen. Fehlt es da an Selbstkritik?

Der Fall des Mietendeckels war bitter, weil die Menschen viel zu viel Mietenzahlen und mit dem irrsinnigen Kompetenzstreit darüber, ob das Land Berlin inmitten einer Mietenkrise die Mieten stoppen darf, wurden die 85% Mieter*innen der Hauptstadt doppelt bestraft. Aber er war mitnichten fahrlässig, das gehört auch zu der wichtigen Geschichte linker Gesetzesarbeit. Als linke Botschaft muss klar sein, dass es um die Deckelung der Mieten geht, um Profitbeschneidung. Wir müssen umverteilen. Der Mietendeckel war ein Vorschlag des Juristen Peter Weber und wurde durch einen Zusammenschluss vieler Jurist*innen erarbeitet. Das BVerfG-Urteil war ein ausgesprochen politisches Urteil, das nicht in der Sache entschieden hat, sondern nur formal über die Zuständigkeit des Landes. Deswegen trägt das Argument überhaupt nicht, dass der Mietendeckel schlecht geschrieben war. Das Verfassungsgericht hat einfach gesagt, ihr dürft nicht. Wir wissen, dass CDU-Bundestagsabgeordnete bis hin zu Kai Wegner unterwegs waren, diesen Mietendeckel zu stürzen, unterstützt durch CDU nahe Immobilien-Kanzleien und durch Kontakte in die entsprechenden Institutionen.

Wie sieht es mit einer Mietregulierung und Maßnahmen gegen die Wohnungsnot auf Bundesebene aus?

Der Erfolg, dass wir einen wirkungsvollen Mietendeckel auf Bundesebene durchgesetzt bekommen, steht noch

aus. Bundesbauministerin Geywitz ist verantwortlich für eine katastrophale Situation bei der Mieten-, Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik. »Bauen bauen bauen«, die Losung, die die SPD Berlin und die schwarz-rote Koalition vor sich hertragen, ist fatal. Wenn der Bauproduktmarkt von Privaten organisiert wird, kann nicht nach Bedarf gesteuert werden, d.h. genügend bezahlbarer und barrierefreier Wohnraum, Gemeinschaftswohnungen, Grünflächen etc.

Stadtplanung ist mit einer reinen investorengetriebenen Bau- und Stadtentwicklungspolitik nicht möglich. »Bauen bauen bauen« läuft darauf hinaus, überall zu deregulieren, und Freiheit für Investoren bedeutet: Sozialwohnungen werden fast gar nicht gebaut. Außerdem fallen sie in großer Zahl aus der Bindung, da unsinnigerweise Sozialwohnungen immer nur für 30 Jahre in der Bindung sind, und dann auf dem freien Markt zur Verfügung stehen. Das ist geschichtvergessen ohne Ende und unsere linke Antwort ist ein Kommunales Wohnungsbauprogramm mit kommunalen Baukapazitäten für regionale ökologische Baustoffe für einen zukunfts-festen Neubau mit politisch regulierten Mieten.

Wir sehen ja, dass der Bauprozess bei einbrechenden Lieferketten und explodierenden Preisen komplett kollabiert. Die Investoren entscheiden, ob und was in Berlin gebaut wird oder nicht. Das muss man sich mal vorstellen! Wir haben heute wieder Wohnungsnot und man fragt sich, wie nach dem Krieg Berlin wieder aufgebaut werden konnte. Gebraucht wird ein klares, staatliches Interesse hinsichtlich Leistbarkeit beim Wohnen und Sicherung des Grundrechts auf Wohnen, die Zugänglichkeit für Wohnraum für alle, klare Regulierungen und deren gesetzliche Absicherung.

Ein Mietenanstieg von 5,60 €/m² auf 11,90 € (2009–2022), eine Steigerung des Bodenpreises von 200 €/m² auf 1.733 € pro Quadratmeter (2008–2022), also um über 800% [...] Inwieweit wurde in Berlin durch Rot-Rot-Grün umgesteuert?

Wir brachten in Berlin die Liegenschaftspolitik unter Rot-Rot-Grün nach vor-

ne, nachdem wir 2016 mit einem großen Konvolut an Forderungen aus der stadtpolitischen Bewegung zum Thema Boden-, Miet- und Baupolitik gestartet sind. In den Koalitionsverhandlungen konnten wir als Linke durchsetzen, dass Boden in Landeshand nicht mehr privat verkauft und stattdessen den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften für kommunalen Wohnungsbau übertragen wurde. Dadurch konnten sehr viele Wohnungsvorhaben in Landeshand realisiert werden und unsere Bausenatorin, Katrin Lompscher, hat dafür viel geleistet.² Bis 2023 haben wir daran festgehalten, dass Boden, der für Wohnungsbau geeignet ist, nicht mehr verkauft, sondern nur mit Erbbaurechten vergeben werden darf.

Leider hat 2023 Franziska Giffey die Regierung an die CDU verschenkt, und von nun an sollen auch Genossenschaften als Partner Grundstücke erhalten. Genossenschaft allein kann aber kein Kriterium für eine soziale Vergabe sein und die CDU holt bereits mit der SPD bestimmte Genossenschaften rein, weil zum Teil ihre Freunde darin aktiv sind. Als Linke in Regierungsverantwortung haben wir die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften dazu verpflichtet, die Mieten einzufrieren und zu deckeln.

Inzwischen hat die schwarz-rote Regierung diese Mietendeckelung wieder aufgehoben. Da sieht man schon, wo die Prioritäten einer rechten Regierung und einer ideologisch elastischen SPD liegen: Sie ziehen das Geld bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften raus, erhöhen dort die Mieten, legen eine 100 Millionen Euro Eigentumsförderung auf und propagieren so die Förderung für ein sogenanntes Stadtbürgertum mit Townhouses statt Arbeitervierteln in der Innenstadt. Das ist die unsoziale Wohnraumversorgungspolitik in Kurzform. Diese schwarz-rote Regierung zündet Berlin an, nachdem Ende 2023 Mieterhöhungen für 130.000 Haushalte zwischen 30 und 400 Euro in landeseigenen Wohnungen angekündigt wurden. Das ist das Fundament von Giffey's neuer Koalition mit der CDU.

Finden Bodenspekulation, Zersetzung sozialer Stadtentwicklung durch Privatisierung und Deregulierung der letz-

ten Jahrzehnte auch im Gewerbebereich statt?

In den Sparjahren wurden ja nicht nur die Wohnungsbaugesellschaften verkauft, sondern auch landeseigene Gewerbebaugesellschaften. Daher fehlen heute wichtige Gewerbeeinheiten mit günstigen Mieten, insbesondere in Innenstadtlagen. Die Dysfunktionalität im Wohnungsbereich setzt sich im Gewerbebereich in gleicher Weise fort. In meinem Wahlkreis, in dem das Durchschnittsalter hoch ist, setzen wir uns dafür ein, dass die Ärzteversorgung gesichert bleibt, nachdem zwei Ärztehäuser geschlossen wurden. Aber die Stadtplanungsbehörden kapitulieren.

Die Nahversorgung verschlechtert sich und ich sage, das ist das große Thema unserer Zeit. Wir brauchen Lösungen dafür, eine wohnortnahe Lebensmittel- und Alltagsversorgung für Menschen im Quartier zu sichern. Wir sehen die Spekulation mit Gewerbeimmobilien auch anderswo. Es stehen immer mehr Shopping Center leer, weil Investoren ein lukratives Bürogebäude, gut abschreibbar und wieder verkäuflich, projektieren, aber vielleicht niemals bauen. Genauso ist es bei der Übernahme von Karstadt durch Signa gelaufen. Ein Konzern, der mit Warenhäusern gar nichts zu tun hat, hat die spekulative Überbewertung von Grundstücken und Immobilien genutzt für frisches Geld und zum Ausplündern von Steuergeldern – ein Skandal!

Vor diesem Hintergrund fordere ich das entschlossene Handeln der Landesregierung zur Kommunalisierung der Grundstücke und die genossenschaftliche Weiterführung der Betriebe. Dank der bundesweiten Vernetzung linker Kommunalpolitiker*innen wissen wir von perspektivischer Kommunalisierung der Grundstücke in Darmstadt, Heidelberg und Hanau, wo Vorkaufrechtsatzungen auf den Weg gebracht wurden. Cottbus hat das Warenhaus rekommunalisiert genau wie Rostocks linke Oberbürgermeisterin. In Kaiserslautern beriet der DGB gemeinsam mit dem Bürgermeister und den Beschäftig-

² Siehe auch: Der Kampf ums Wohnen – Berlin als Labor für städtische Demokratie. Interview mit Katrin Lompscher. In: Sozialismus.de, Heft 6–2019.

ten eine genossenschaftliche Weiterführung.

Karstadt am Hermannplatz ist auch deswegen so interessant und sogar denkmalrechtlich relevant, weil seit seiner Erbauung in den 1920er-Jahren die U-Bahn mit dem Kaufhaus verbunden ist. Ein sehr gutes Beispiel, dass diese Kaufhäuser in der Stadt der Moderne und auch in der kapitalistischen Großstadt als eine Art Marktplatz gelten können, also »unsere« Warenhäuser sind. Ihre Besetzung wird gerade diskutiert. Die Beschäftigten sind jedenfalls richtig auf der Palme und ich auch.

Die Krise der Kaufhäuser ist auch durch die veränderte Einkaufskultur bedingt. Was folgt daraus für die Perspektive der Kaufhäuser?

Eine gängige Meinung ist, dass Warenhäuser aus der Zeit gefallen sind. Das teile ich nicht. Dysfunktional sind die überhöhten Mieten der Signa, die Warenhäuser sind wiederum bei Alt und Jung sehr beliebt. SIGNA hat die Warenhäuser ausgeplündert und unsere Innenstädte kapitalisiert, indem durch die Überbewertung der Immobilien von den Banken immer wieder hohe Kredite gewährt wurden, was fatal für die gesamte Stadt ist, denn dadurch wurden insgesamt die Preise nach oben getrieben. Es zeigt, wie gefährlich die großen Player sind, die das im großen Stil machen. Beispielsweise steigen die Mieten dort, wo Airbnb sich Wohnungen zur touristischen Vermietung hält. Das hat auch mit digitalen Bewertungsmechanismen von Immobilienbewertungen zu tun, nämlich dass ganze Straßenzüge in bestimmte Mappings und Portfoliobewertungen reinfallen. So werden Quartiere für die gering verdienende Bevölkerung, frühere Arbeiterviertel, unbezahlbar.

Deswegen ist dieses Spekulationsmodell von Signa so grundgefährlich für alle in der Stadt. Dazu kommt ein ökologischer Aspekt: Wenn Menschen immer längere Wege brauchen, um sich zu versorgen mit alltäglichen Notwendigkeiten, wie Ärzte und Lebensmittel, wird auch der Verkehr immer mehr, die Stadt verstopft, obendrauf kommen noch die ganzen Lieferdienste. Das ist derart hirnverbrannt dysfunktional und nennt sich »freier Markt«.

Wie wollt ihr die Macht der großen Immobilienkonzerne wie Signa beschränken und gegen die Folgen für die betroffenen Menschen vorgehen?

Signa ist ein ganz wichtiges Thema für uns als Linke. Wieso haben solche Konzerne so einen exklusiven Zugang zur Politik? Wieso können Geheimverträge geschlossen werden, bevor Parlamente involviert werden? Uns Abgeordneten wurde gesagt, das sei als Letter of Intent beschlossen, also könnten wir nicht mehr dagegen sein. Das ist wirklich das Ende von Politik! Qua Gutachten musste bestätigt werden, dass wir bei einer Abstimmung im Parlament dagegen sein dürften. Unglaublich! Also: Wir brauchen Aufklärung über die Machtstrukturen in der Stadt und die Bereitschaft der Politik, sich damit auseinanderzusetzen.

Welche Politik muss man machen, um die Leute mitzunehmen?

Meine Antwort: kiezbezogen, konfliktorientiert, klar antikapitalistisch und auch mutig, sichtbar und solidarisch. Die mangelnde Qualität von Stadt als alltäglichem Lebensraum ist eine Folge kapitalistischer Stadtverwertung. Aber es reicht den Leuten auch irgendwann. Meine Mutter würde sagen, dafür sind wir 1989 nicht auf die Straße gegangen. Und das muss Thema der Linken sein.

In Treptow habe ich 2016 das Direktmandat überraschend gewonnen, vorher ein aussichtsloser Wahlkreis, fest in SPD Hand. 2021 gelang es, das Mandat zu verteidigen und 2023 wieder, ein enormer Erfolg! Voraus ging, dass wir für die Nachbarschaft den Widerstand gegen ein kommerzielles Großfestival im Treptower Park organisiert haben, und zwar nach seiner Sanierung für 17 Millionen Euro nach Jahrzehnten der Brache. Die Leute waren stinksauer, dass einem global festival player ein kommerzielles Festival für 200 Euro pro Ticket erlaubt wurde, und der Park für Wochen abgesperrt war. Das ist nur ein Beispiel für konfrontative Politik. Als Sozialistin muss man sich mit den Verhältnissen anlegen und sich damit auseinandersetzen. Wem gehört die Stadt? Follow the Money. Wer hat was davon? Wie können wir den Widerspruch von Kapital und Arbeit offen legen?

Ich bin in diesem Jahr stellvertretende Landesvorsitzende geworden und habe mich für genau diesen Politikstil einer rebellischen Stadtpolitik eingesetzt. Kein Konflikt ist zu klein und keiner zu groß. Im Wahlkreis präsent zu sein, sollte für alle Abgeordneten gelten. Wir bedienen uns aller verfügbaren Instrumente, um einen linken Diskurs zu organisieren und damit Mitglieder zu gewinnen.

Das ist auch die Lehre aus dem Bruch mit Wagenknecht, weil es eben einen Unterschied macht, ob du in Talkshows sitzt, oder ob du im Quartier aktiv wirst. Die Leute sprechen mich auf der Straße an, wenn irgendwas nicht funktioniert. Wir sind tatsächlich Kümmerer. Und es macht einen Unterschied, ob man reine Stellvertreterpolitik oder eine konkrete Organisation im Quartier verfolgt.

Wie gelingt es der Linken, für die Leute im Stadtteil ansprechbar zu sein und Vertrauen zu gewinnen?

Die Arbeit als Abgeordnete mache ich für die Nachbar*innen, aber ich bin auch Parteipolitikerin im Stadtteil und arbeite so für den Parteiaufbau. Da ist immer noch diese Baustelle vom dreisten Immobilienspekulanten und der öffentlichen Toilette im Treptower Park, die immer noch kaputt ist. Ich kenne den Wahlkreis in- und auswendig und fahre mit dem Fahrrad herum und organisiere in meiner Aktivgruppe der Linken lokale Proteste und politische Bildungsveranstaltungen – das muss zusammen gehen. Das bedeutet mir sehr viel, dass wir hier so eine organische Linke sind.

Ein ganz wesentlicher Bestandteil von politischer Arbeit ist, Macht und Wissen zu distribuieren und dafür zu sorgen, dass es eine Ermächtigungskultur geben kann. Meine lange Praxis hat mich gelehrt, dass wir viele gute Leute brauchen, die sich selber organisieren können. Ich kämpfe für eine Partei, die sichtbar ist mit ganz vielen unterschiedlichen Leuten und damit eine Politik der Vielen innerhalb und außerhalb der Linken organisiert für eine linke Hegemonie im Stadtteil, im Bundesland und darüber hinaus.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

